

# Unterstützung für Lesefest sowie für neue Kostüme

Informationen aus den Wahlkreisbüros: Übergabe von Spenden der Alternative 54 e.V.

**Aus Anlass des Welttags des Buches am 23. April übergab der Landtagsabgeordnete Dieter Hausold (LINKE) auch in diesem Jahr eine Bücherspende an den Leiter der Geraer Stadt- und Regionalbibliothek Rainer Schmidt.**

Unter den gespendeten Büchern befanden sich in diesem Jahr dem Wunsch der Bibliothek entsprechend vor allem Kinderbücher, insbesondere solche mit Ting-Stiften. Mit dieser Spende, die Dieter Hausold seit Jahren regelmäßig im April übergibt, wird der Bibliothek geholfen, Lücken im Medienbestand zu schließen und die Attraktivität für die Nutzer zu erhöhen. Bibliotheken sind



auch Bildungsstätten und daher von besonderer Bedeutung auch für Gera.

Der UNESCO-Welttag des Buches wird seit 1996 am 23. April gefeiert, auch um für den hohen Bildungs- und Kulturauftrag von Bibliotheken zu sensibilisieren. Deshalb hat die Alternative 54 e.V. gern den Bibliotheks-Förder-

verein „Buch und Leser“ bei der Ausrichtung eines Lesefestes am 23. April mit einer Spende unterstützt.

Der Landtagsabgeordnete der Linksfraktion Ronald Hande überreichte kürzlich einen Spenden-Scheck der Alternative 54 Erfurt e.V. an die Teenie Dancer Group e.V. in Viernau. Der Verein besteht seit 1984 und erfreut sich eines enormen Zulaufs. Er gehört zu den wenigen Vereinen, die keine Nach-



Marsch Tanz. Die finanzielle Unterstützung wurde mit großer Freude aufgenommen. Susi Hellmann, die Vorsitzende des Teenie Dancer Group e.V., bedankte sich sehr herzlich bei dem Abgeordneten Ronald Hande für die Spende.

Die Alternative 54 Erfurt e.V. ist ein Zusammenschluss der Landtagsabgeordneten der LINKEN, die sich damit gegen die automatische Diätenerhö-

wuchsprobleme haben. Damit die Arbeit weiterhin gut funktionieren kann, benötigt der Verein mehr Mittel für die Kostüme der vielen jungen, neuen Mitglieder, für Fortbildungen und Workshops. Bereits mehrfach ertanzte sich der Kinder- und Jugendtanzverein Thüringer Meistertitel im Schau- und

hung nach Artikel 54 der Landesverfassung wenden. Stattdessen werden diese Diätenerhöhungen gemeinnützigen Vereinen für soziale, sportliche und kulturelle Projekte zur Verfügung gestellt. Somit wurden seit 1995 schon mehr als eine Million Euro umverteilt – gelebte Solidarität. ■

## Steffen Dittes in der Debatte zum Gedenktag (Forts. v. S. 9)

Im August begann in den Betrieben eine Entlassungs- und Verhaftungswelle, Tausende wurden aus der SED ausgeschlossen, Parteileitungen sowie viele Gewerkschaftsvorstände wurden ausgetauscht und Kritiker verbannt. Waren im Juni 1953 insgesamt 13.000 Menschen kurzzeitig inhaftiert, wurden bis Oktober 1953 wegen angeblicher oder auch wirklicher Straftaten 1.240 Menschen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt und – das sei am Rande vermerkt – nur 138 von ihnen hatten der einen oder anderen Naziorganisation angehört.

Der 17. Juni steht demnach also nicht nur für das Aufbegehren gegen die falsche Politik und für freie Wahlen, er steht gleichzeitig für die Unfähigkeit der SED, auf Kritik und Unzufriedenheit mit Veränderung zu reagieren, stattdessen für den begonnenen Kurs, Kritik und Aufbegehren für demokratische Erneuerung mit Repression zu begegnen.

Es ist eine hypothetische Frage, aber es ist eine Frage, die sich diejenigen Stellen können, die den 17. Juni für den falschen Tag halten als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts. Aber wieviel Unrecht in der DDR hätte verhindert werden können, wenn sich im Jahr 1953 in der SED nicht Ulbricht, sondern Fechner und Herrstadt durchge-

setzt hätten! Der 17. Juni als Gedenktag bietet eine Chance – eine Chance für eine neue Kultur der Aufarbeitung und der Geschichte der DDR, indem wir die Differenziertheit des Tages im Jahr 1953, seine Ambivalenz als Feiertag in der BRD und seine Simplifizierung in der DDR annehmen und selbst zum Gegenstand der Aufarbeitung machen.

Der 17. Juni erfährt als Gedenktag für die Opfer des SED-Unrechts eine historische Aufweitung, die sich bewusst abgrenzt von dessen politischer Instrumentalisierung, insbesondere zwischen 1953 und 1989 in der DDR wie in der BRD. Wenn es uns gelingt, dies auch auf die Aufarbeitungs- und Erinnerungskultur in Gänze zu übertragen, dann gehen wir heute gemeinsam einen großen Schritt im Prozess der Aufarbeitung von SED-Unrecht.

In erster Linie aber wollen wir an diesem Tag Gedenken ermöglichen, Gedenken an die Opfer des durch die SED begangenen Unrechts. Gedenken an Opfer von Unrecht ist ein notwendiger Schritt um zu verstehen, dass es für Unrecht keine politische Legitimation geben kann. Nur mit diesem Wissen werden wir verhindern, dass erneut Unrecht begangen wird.

*Soweit Auszüge aus der Rede von Steffen Dittes. In namentlicher Abstim-*

*mung stimmten von den anwesenden 85 Abgeordneten 84 für den Gesetzentwurf. Die einzige Gegenstimme kam von der Abgeordneten Dr. Johanna Schering-Wright, DIE LINKE. Sie gab eine persönliche Erklärung zum Abstimmungsverhalten ab.*

*Diese ist, wie die gesamte Debatte, im Plenarprotokoll nachzulesen:*

<http://www.thueringer-landtag.de/mam/landtag/arbeitsfassung46.html>

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### TTIP: CDU ohne Sinn und Verstand

Die Regierung der USA, so zeigen es die an die Öffentlichkeit gelangten Teile des Abkommens, üben beim „Transatlantischen Freihandelsabkommen“ (TTIP) erheblichen Druck auf die EU aus, als habe sie es mit Vasallen zu tun und nicht mit Verhandlungspartnern.

Greenpeace hat 13 geheime TTIP-Verhandlungskapitel ins Internet gestellt, inhaltlich etwa die Hälfte des gesamten Abkommens. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verteidigt großzügig die TTIP innewohnende Kapitulation vor den Interessen der USA: „Wir halten den zügigen Abschluss eines ehrgeizigen Abkommens für sehr wichtig“, lässt sie den Medien über ihren Regierungssprecher ausrichten. Dabei handle es sich um die „einhellige Meinung“ der gesamten Bundesregierung. Merkel habe ihre Position US-Präsident Obama bereits bei dessen jüngsten Deutschland-Besuch kundgetan. Man darf sicher sein, dass das angemessen devot erfolgte.

CDU-Politiker werfen Nebelkerzen, spielen die Bedeutung der bekannt gewordenen Dokumente herunter. Ebenso agiert Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), dessen Ministerium innerhalb der Regierung beim Thema TTIP die Federführung hat. Gabriel will das Abkommen. Geradezu ohne Sinn und Verstand äußerte sich am 28.4., kurz vor Bekanntwerden der TTIP-Dokumente, die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. „Wer sich auf die Fahnen schreibt, wir können Mittelstand, muss auch Ja zu TTIP sagen“, behauptete der wirtschaftspolitische Sprecher Mario Voigt und warnte vor „Angstmacherei“. Erneut präsentiert sich die CDU Thüringen als Verein von Parteisoldaten und politischen Leichtmatrosen ohne eigenen Gestaltungsanspruch. Verkauft die EU Europa an die USA? Merkel, Gabriel und Voigt geht es jedenfalls nur noch um den Preis. ■